



Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Oestrich-Winkel für die Wahlperiode 2011 bis 2016 (Rot-Grüne Kooperationsvereinbarung 2011)

Präambel

Die Kommunalwahl am 27. März 2011 hat ein eindeutiges Ergebnis gebracht: Eine deutliche Mehrheit der Bürger in Oestrich-Winkel hat für einen Politikwechsel in ihrer Stadt gestimmt: Die Stadtverordneten von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und deren vertrauensvolle Zusammenarbeit bilden das Fundament für diesen Politikwechsel. Diesen Geist der Kooperation tragen auch der Ortsverein der SPD und der Ortsverband von Bündnis 90/Die Grünen.

Das Politikverständnis und die politische Kultur von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sind in erster Linie von einer an der Sache orientierten Politik, auch über die Parteigrenzen hinweg, geprägt und von gegenseitiger Achtung, Offenheit und der Bereitschaft, sich gegenseitig zuzuhören und – trotz aller Differenzen – aufeinander zuzugehen.

Beide Parteien und Fraktionen sind sich einig, dass dieser neue politische Stil nicht auf die rot-grüne Kooperation beschränkt bleiben darf, sondern, dass, trotz der Mehrheitsverhältnisse, die gemeinsame Politik durch die Kraft der Argumente auch den politisch anders Denkenden von der eigenen Position überzeugen soll. In der Stadtverordnetenversammlung wird auch dadurch wieder der demokratische Disput in den Vordergrund gestellt.

Durch die neue Offenheit und damit die Aufwertung der Stadtverordnetenversammlung sind deren Beschlüsse transparent und besser nachvollziehbar. Ein Gewinn für unsere Stadt ergibt sich auch dadurch, dass künftig die Meinung der Bürgerinnen und Bürger verstärkt in die Entscheidungsfindung einfließen soll, zum Beispiel über frühzeitige und häufigere Bürgerversammlungen.

In dieser Kooperationsvereinbarung werden zentrale Ziele beschrieben und einige bekannte konkrete Projekte und Maßnahmen vereinbart. Die Ziele und Maßnahmen werden mindestens einmal jährlich sowie auf Wunsch einer Fraktion überprüft und gegebenenfalls aktualisiert und ergänzt. Diese Ergänzungen und Aktualisierungen werden in der Anlage zu der Kooperationsvereinbarung vorgenommen. Die Fraktionen streben an, auch bei Themen zusammenzuarbeiten, die in dieser Vereinbarung nicht enthalten sind.

Außerhalb dieser Vereinbarung sind die Fraktionen auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme in ihrer Entscheidung frei, wobei auch hier der rechtzeitige, kontinuierliche und enge Informationsaustausch den Kern der gemeinsamen politischen Arbeit bildet.

Themenbereiche und Organisationsaufgaben, bei denen die Partner eine besonders enge inhaltliche Abstimmung anstreben, sind:

I. Stadtentwicklung

Oestrich-Winkel braucht ein Planungs- und Entwicklungskonzept. Es werden keine weiteren planerischen Schritte unternommen, bis ein solches vorliegt. Angesichts sinkender Bevölkerungszahlen ist einer Zersiedelung entgegenzuwirken. Das Wohnen in den innerörtlichen Bereichen soll attraktiver werden. Angestrebt wird die Umsetzung einer Spielplatzplanung, die alle planerischen Schritte auf die Tauglichkeit für Kinder und Jugendliche unter deren Beteiligung untersucht.

Der vorgesehene überdimensionierte Vollsortimentermarkt mit 1.100 Quadratmetern Verkaufsfläche wird abgelehnt, weil er die bestehende Struktur der Lebensmittelnahversorgung und der noch bestehenden Einkaufsmöglichkeiten im gesamten Stadtteil Winkel in ihrer Existenz gefährdet. SPD und Bündnis 90/Die Grünen unterstützen hingegen einen kleineren Einkaufsmarkt am Kerbplatz, der auf Dauer ausreichend nutzbare Platzfläche für Stadtteilstände, Wochenmarkt und ähnliche Aktivitäten gewährleistet. Ob und inwieweit der Bürgermeister und die ihn unterstützenden Fraktionen schon unumkehrbare Fakten durch den Abschluss von Verträgen und die bereits erteilte Zustimmung zu einem Bauantrag - ohne vorherige Kenntnis der Stadtverordneten - geschaffen haben, wird geprüft. Ziel dieser Prüfung ist, den überdimensionierten Markt zu verhindern, sofern die finanziellen Risiken für die Stadt vertretbar sind.

Die bauliche Weiterentwicklung in der Stadt soll sich nach den Vorstellungen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorrangig auf die Stärkung der Stadtkerne konzentrieren. Dabei sollen insbesondere Möglichkeiten geprüft werden, Leerstände wieder einer Nutzung zuzuführen. Der mittel- und langfristige Bedarf von Bauland ergibt sich aus dem Stadtentwicklungskonzept. Es soll ein Baulückenkataster erstellt werden.

Vorerst sollen keine neuen Baugebiete ausgewiesen werden. Mittelfristig steht die SPD einer Ausweisung von neuen Baugebieten bei nachgewiesenem Bedarf aufgeschlossen gegenüber, sofern verschiedene Rahmenbedingungen erfüllt sind. So muss gewährleistet sein, dass die Verfügungsgewalt über die Grundstücksvergabe in neuen Baugebieten bei der Stadt liegt und ein transparentes Vergabeverfahren durch die Stadtverordneten erfolgt. Neue Baugebiete dürfen nicht zu einer Zersiedelung beitragen, Aspekte des demografischen Wandels müssen beachtet, alternative Energie- und innovative Baukonzepte festgelegt werden. Außerdem ist ein möglichst geringer Verbrauch von Verkehrsflächen anzustreben.

2. Energie und Umwelt

Es wird ein Konzept zur Umstellung auf regenerative Energien und auf Energiesparen erstellt. Dabei strebt die Stadt die Zusammenarbeit dem Kompetenzzentrum erneuerbarer Energien an. Wir streben stärkere kommunale Beteiligungsrechte bei der Erzeugung und Verteilung von Energie an.

3. Kommunale Finanzen

Die Fraktionen von SPD und Grünen erarbeiten und beschließen in dieser Wahlperiode die jeweiligen Jahreshaushalte. Konsolidierung ist unerlässlich, ein ausgeglichener Haushalt erscheint aber in dieser Wahlperiode nicht erreichbar. Es soll ein Bürgerhaushalt eingeführt werden.

Für Investitionen sind auch die mittel- und langfristigen Wirkungen auf den Haushalt aufzuzeigen (ggf. Betreiberkonzepte erarbeiten und Betriebskosten, einschließlich der Abschreibungen berechnen).

Kosten für die Haushaltsplanungen sind maßnahmenbezogen zu erarbeiten und zu belegen.

Über die wirtschaftliche Lage der Stadt hat der Magistrat regelmäßig, gemessen am jeweils aktuellen Haushaltsplan, der Stadtverordnetenversammlung zu berichten. Die Quartalsberichte sollen die aktuellen Kosten sowie die aktuellen Prognosen der Kostenstellenverantwortlichen aufzeigen, Abweichungen sind zu kommentieren. Bei der Gebührenerhebung muss wieder Rechtssicherheit gelten.

4. Verkehr

Die innerörtlichen Verkehre sind zu optimieren. Dazu gehört: Minderung oder Ausgleich der Belastungen für Straßenanlieger, Förderung der Sicherheit der Verkehrsteilnehmer, Steigerung der Attraktivität des Umfeldes für den Einzelhandel, Förderung der touristischen Attraktivität von Oestrich-Winkel, Steigerung der Umweltfreundlichkeit durch besondere Berücksichtigung der Belange von Fußgängern, insbesondere von Menschen mit Behinderung, von Radverkehr und Öffentlichem Personennahverkehr.

Der Realisierung der geplanten Bahnüberführung (Hallgartener Strasse/Obere Bein) stehen Bündnis 90/Die Grünen, anders als die SPD, kritisch gegenüber. Jedoch soll versucht werden, hierzu eine gemeinsam tragbare Position zu finden. Ein Beibehalten unterschiedlicher Positionen wird nicht ausgeschlossen.

5. Familie und Soziales

Die Belange von Familien, Jugend und Senioren genießen hohe Priorität und sollen auch infrastrukturell Niederschlag finden (Spielleitplanung). Die Betreuungsangebote, insbesondere für Kleinkinder, sollen ausgebaut werden. Es sind Konzepte für generationenübergreifendes Wohnen erforderlich. Bürger mit geringem Einkommen sollen in besonderer Weise unterstützt werden. Die Jugendarbeit muss unter Einbeziehung von gewählten Vertretern der Jugend verstärkt werden.

6. Bürgerbeteiligung

Es wird eine intensive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an den kommunalpolitischen Prozessen angestrebt. Dazu werden in der Stadtverordnetenversammlung und ihren Ausschüssen eine Bürgersprechstunde und eine Bürgerfragestunde eingeführt.

7. Politische Gremien und Funktionen

Magistrat: Die Wahl der Mitglieder des Magistrates von SPD und Bündnis 90/Die Grünen erfolgte in der Stadtverordnetenversammlung am 30. Mai 2011 durch eine gemeinsame Liste. Beim vorzeitigen Ausscheiden aus dem Magistrat werden die nachrückenden Magistratsmitglieder von den ursprünglich entsendenden Fraktionen benannt.

Bürgermeisterwahl 2013: SPD und Bündnis 90/Die Grünen besprechen frühzeitig ihre jeweiligen KandidatInnenpläne für die Wahl des/der Bürgermeisters/Bürgermeisterin im Frühjahr 2013. Das schließt auch eine Verständigung über den/die hauptamtliche(n) Stadtrat/Stadträtin ein.

Regeln für die Zusammenarbeit

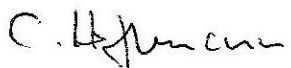
Die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gehen zur gemeinsamen Gestaltung der Kommunalpolitik in Oestrich-Winkel für die Wahlperiode 2011 bis 2016 eine Kooperation ein. Die Kooperation beinhaltet die gemeinsame Gestaltung der städtischen Politik und der strategischen Ausrichtung der städtischen Gesellschaften sowie Beteiligungen. Wo Kontroversen auftauchen, wird gemeinsam nach geeigneten Kompromissen gesucht. Erst wenn beide Seiten nach ernsthaften Bemühen der Auffassung sind, dass ein Übereinkommen nicht zu erzielen ist, werden die Fraktionen auf der Basis gegenseitiger Rücksichtnahme in den betreffenden Fragen eigenverantwortlich handeln.

Die Fraktionen werden vertrauensvoll und in gegenseitigem Respekt unter Wahrung ihrer jeweiligen Identitäten in der Stadtverordnetenversammlung, den Ausschüssen, Verbänden und Kommissionen zusammenarbeiten. Sie verpflichten sich zu einem rechtzeitigen, kontinuierlichen und engen Informationsaustausch.

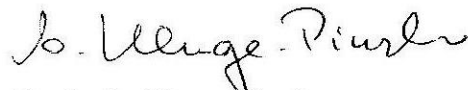
Die Fraktionsvorsitzenden der Kooperationspartner (bei Bedarf vertreten durch deren Stellvertreter) und jeweils ein weiteres Mitglied der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen sowie jeweils ein Magistratsmitglied und die Stadtverordnetenvorsteherin bilden die Fraktionskommission, die sich regelmäßig, mindestens im Zyklus der Stadtverordnetenversammlungen sowie bei Bedarf vor den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung des politischen Vorgehens trifft. Es können jeweils bis zu zwei weitere Personen zu den Diskussionen als Auskunftspersonen hinzugezogen werden. Die Fraktionskommission organisiert sich selbst.

Die Kooperationsversammlung, die sich aus den Mitgliedern der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zusammensetzt, trifft sich bei Bedarf, mindestens aber zweimal jährlich, insbesondere zur Aktualisierung und Ergänzung der gemeinsamen Ziele, Projekte und Maßnahmen aus dieser Vereinbarung. Die Fraktionsvorsitzenden laden zur Kooperationsversammlung ein und leiten die Versammlung.

Bei Konflikten der Kooperationspartner ist eine einvernehmliche Regelung unter Einbeziehung der Parteivorsitzenden des Ortsvereins der SPD sowie des Ortsverbandes von Bündnis 90/Die Grünen anzustreben.



Christel Hoffmann
(Fraktionsvorsitzende
SPD Oestrich-Winkel)



Dr. Antje Kluge-Pinsker
(Fraktionsvorsitzende
Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen)



Carsten Sinß
(Vorsitzender
SPD Oestrich-Winkel)



Markus Jantzer
(Vorsitzender
Ortsverband Bündnis 90/Die Grünen)